Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 8.50. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.50, Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Ausland-Bezug: monatl. M. 18.— u. Drucksachen-Preis. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 40 Pf., Abend-Ausgabe 30 Pf. Sonntags-Ausgabe 50 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.50; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. außw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage des Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage des Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7508. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 220 — Freitag, den 14. Mai — 1920

Eine dänische Unfreundlichkeit

Der Schutz der nationalen Minderheiten in Schleswig

Dänemark lehnt Verhandlungen ab.

Kopenhagen, 13. Mai. (Drahtbericht.) Der dänische Minister des Aeußern hat dem deutschen Gesandten am 12. Mai mitgeteilt, daß er den ihm unter dem 7. Mai gemachten Vorschlag betreffend den Abschluß eines Uebereinkommens über die Rechtsstellung der nationalen Minderheiten in Schleswig mit seinen Kollegen erörtert habe, und daß die dänische Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt bedauert, sich nicht imstande zu sehen, Verhandlungen in dieser Frage mit Deutschland aufzunehmen.

* * *

Christiania, 13. Mai. „Morgenbladet" veröffentlicht heute eine Unterredung mit dem Reichsminister Dr. Köster, die er dem Berliner Berichterstatter des Blattes vor einiger Zeit über die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten gewährt hatte. Dr. Köster erklärte: „Nicht nur die deutschen Organisationen Schleswigs, sondern auch die preußische Regierung und die Reichsregierung haben die Frage eingehend geprüft und umfangreiches Material gesammelt. Die preußische Regierung hat bereits beschlossen, alle für Nordschleswig geltenden Gesetze und Verordnungen, die in Dänemark als gegen die Dänen gerichtet betrachtet werden, aufzuheben. Es handelt sich hierbei um die sogenannte Sprachenverordnung von 1888, die verschärften Ausweisungsbestimmungen, das Verbot, nichtdeutsche Abzeichen und Flaggen zu führen, sowie dänische Lieder zu singen. Seitens des Reiches ist der Entwurf eines entsprechenden Staatsvertrages mit Dänemark bereits der dänischen Regierung überreicht worden. Allerdings hat bereits der Artikel 113 der Reichsverfassung grundsätzlich Sicherheiten in weitestem Umfange geschaffen. Dies bleibt immerhin nur eine einseitige Staatsmaßnahme. Wir wünschen aber im Interesse einer dauernden Befriedung der gemischten Grenzgebiete einen gegenseitigen Vertrag. Nach unserer Auffassung liegt in einem derart zweiseitigen Vertrage die beste Bürgschaft für dauernde Ruhe und Frieden in den Grenzmarken. Jeder einzelne Bewohner in den Grenzgebieten hat gewissermaßen dann einen vertraglichen Anspruch auf Sicherstellung seiner kulturellen Freiheit und ist dadurch vor einseitigen Verwaltungsmaßnahmen geschützt. Dieser Minderheitsschutz soll sich besonders auf alle kulturellen Gebiete, die erfahrungsgemäß der Bevölkerung besonders am Herzen liegen, erstrecken. So soll das Recht des freien Gebrauchs der dänischen Sprache allen der bei Deutschland verbleibenden dänischen Minderheiten im Privat- wie im öffentlichen Leben, insbesondere in den Schulen, in den kirchlichen Zusammenkünften, in Versammlungen, Vereinen und in anderen Veranstaltungen sichergestellt werden. Vor allem sollen aber die völkischen Minderheiten bei uns das Recht erhalten, ihr Schulwesen selbständig zu ordnen und die hierfür erforderlichen Kräfte zu berufen. Das gleiche gilt für das Kultuswesen. Wir haben vorgeschlagen, den Minderheiten für ihre Einrichtungen unter Berücksichtigung ihrer Zahlenstärke und ihrer Leistungsfähigkeit öffentliche Zuwendungen zukommen zu lassen. Wir wissen, daß alsdann die nationalen Minderheiten in Deutschland ein dauernd ruhiges und zufriedenes Leben in gesicherter Pflege ihrer kulturellen Eigenarten führen können und wir hoffen, daß das gleiche den deutschen Minderheiten im Auslande ebenfalls zuteil werden möge.

Millerands Zusammenkunft mit Lloyd George

Paris, 13. Mai. (Drahtbericht.) Nach Havas-Berichten verlautet, daß die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand Ende der Woche in Hythe bei Folkestone stattfinden wird. Im Laufe der nächsten Woche werden dann in England Besprechungen zwischen Lloyd George und dem belgischen Minister des Aeußern sowie dem belgischen Wirtschaftsminister stattfinden. Danach dürfte dann mit Sicherheit zu erfahren sein, ob die Konferenz von Spa verschoben wird oder nicht.

Die Morgenblätter erklären entgegen der Brüsseler Nachricht, daß in hiesigen diplomatischen Kreisen nichts von einer Verschiebung der Konferenz von Spa bekannt sei.

* * *

In Berlin hat eine Besprechung der einzelstaatlichen Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung stattgefunden. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Frage der bevorstehenden Konferenz in Spa. Ferner wurde noch eine Reihe schwebender politischer Fragen besprochen. An den Beratungen nahmen teil: Der bayrische Justizminister Dr. Müller als Vertreter des verhinderten bayrischen Ministerpräsidenten von Kahr, der sächsische Ministerpräsident Buck, der württembergische Staatspräsident Blos, der badische Minister Gall und der hessische Staatsminister Ulrich.

Bolschewistische Gegenoffensive gegen die Polen

Die ungarische Armee als Reserve der polnischen?

Warschau, 13. Mai. (Drahtbericht.) Die Streitkräfte der Bolschewisten haben, verstärkt durch Truppen aus dem Norden und Süden, am 10. Mai den Dnjepr überschritten und die polnische Stellung, die den Zugang zu Kiew schützt, angegriffen. Die Polen hielten ihre Stellungen und nahmen zwei feindliche Bataillone gefangen. Feindliche Flugzeuge haben Kiew mit Bomben belegt.

Amsterdam, 13. Mai. (Drahtbericht.) Englischen Blättern zufolge hat General Brussilow an den Chef des allrussischen Generalstabes einen Brief geschrieben, in dem es heißt: Polen habe volles Recht auf Freiheit der Selbstbestimmung. Dieses Recht aber müsse auch Rußland zuerkannt werden. Der Angriff Polens gegen Länder, die seit undenklichen Zeiten zu Rußland gehörten, müsse mit Gewalt zurückgewiesen werden.

* * *

Kopenhagen, 13. Mai. (Drahtbericht.) „Berlingske Tidende" erfährt aus London: Die erfolgreiche polnische Offensive hat zu einem überraschenden Angebot des ungarischen Reichsverwesers, Admiral Horthy, geführt. Horthy schlägt vor, daß die madjarische Armee als Reserve für das polnische Heer in seinem Kampfe gegen die Bolschewisten dienen soll. Wird das Angebot angenommen, so bedeutet das eine Vertagung der Abrüstung Ungarns.

Die italienische Kabinettskrise

Bildung eines „Versöhnungskabinetts"?

Rom, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Zu dem Rücktritt des Kabinetts Nitti wird noch gemeldet: Nach einer Vorberatung mit den Kollegen Luzatti und Schanzer hatte Nitti einen kurzen Ministerrat zusammengerufen, um den Rücktritt des Kabinetts zu begründen. Unmittelbar nachher begab sich Nitti zur Ueberreichung der Gesamtdemission der Regierung nach der Villa Ada, wo der König mit ihm geraume Zeit die politische Lage besprach. Allgemein erwartet man, daß Nitti selbst mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird. Nach dem „Messagero" spricht man in politischen Kreisen auch von der Bildung eines großen Versöhnungskabinetts unter Aufnahme fast aller Exministerpräsidenten und Parteien, von Luzatti bis Orlando und Giolitti, und möglicherweise auch Turati. Diese Zusammensetzung ist jedoch schwer durchführbar. Die Neubildung gestaltet sich um so schwieriger, als sich aus dem Charakter der Krise keine ausgesprochene Nachfolgerschaft ergibt. Auf jeden Fall wird man die Katholiken als Hauptschutzdeich an der überfluteten Krise verpflichten, die Mitverantwortung in der Regierung zu übernehmen. Bei der Abstimmung ist allgemein aufgefallen, daß sich weder der Ex-Ministerpräsident Giolitti noch der Sozialistenführer Turati nach Rom als Führer der Katholiken dazu beteiligt haben, sondern den Staat nur der Entscheidung verlehnt.

Der Anlaß zum Sturz des Kabinetts Nitti

Mailand, 13. Mai. (Drahtbericht.) Aus den Aeußerungen der Blätter über die Ministerkrisis ist folgendes zu entnehmen: Das Kabinett Nitti ist nicht wegen Fragen der inneren oder äußeren Politik, sondern nur einer Frage der parlamentarischen Geschäftsordnung zum Opfer gefallen. Die Kammer zählt 508 Abgeordnete, davon nahmen an der Abstimmung 411 teil, von denen sich vier der Stimme enthielten. Das Mißtrauensvotum war nur möglich dadurch, daß die Katholische Volkspartei sich mit den Sozialisten solidarisch erklärte. Der Minister des Aeußern Scialoja ist bereits auf der Rückreise von Paranza begriffen, wo er mit den südslawischen Delegierten Besprechungen in der adriatischen Frage hatte.

Der „Avanti" begrüßt den Sturz des Kabinetts Nitti mit Jubel und stellt dabei die Behauptung auf, daß die sozialistische Partei sich auch gegen die Katholiken behaupten werde, mit deren Hilfe sie den Sturz Nittis herbeigeführt habe. Das Blatt spricht von der fortschreitenden Zersetzung aller bürgerlichen Parteien und hofft, daß jede bürgerliche Regierung von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sei. Der „Secolo" rechnet mit der Möglichkeit eines Ministeriums Meda mit Roemoni als Kriegsminister. Das Blatt hält es aber für möglich, daß Nitti von neuem mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird.

Wie die Blätter ferner melden, haben die Angestellten des Post- und Telegraphenwesens die Arbeit nach der gestrigen Kammersitzung wieder aufgenommen. — ha

Der Konflikt zwischen der französischen Regierung und dem Gewerkschaftsbund

Die Verhaftung von Streikführern wird fortgesetzt.

Paris, 13. Mai. (Drahtbericht.) Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten, der Nationalrat der sozialistischen Partei und deren ständiger Verwaltungsausschuß erlassen einen Protest gegen den Beschluß der Regierung, eine Untersuchung mit der Absicht auf Auflösung gegen den Allgemeinen Arbeiterverband (Confédération du Travail) einzuleiten. Das Vorgehen der Regierung wird als ein Gewaltstreich bezeichnet. Auch die C. G. T. hat einen Protest erlassen, in dem sie erklärt, sie habe eine legale Existenz, die sie sich nicht nehmen lasse. Die Untersuchung gegen die C. G. T. ist damit begonnen worden, daß an ihrem Sitze sowie bei ihren fünf führenden Gewerkschaftsführern, darunter auch bei Jouhaux, Haussuchungen gehalten wurden. Es wurden überall Papiere beschlagnahmt.

Der Allgemeine Arbeiterverband teilt mit, daß er sich an die gewerkschaftliche Internationale gewandt habe, damit sie ihren Protest mit dem des französischen Proletariats vereinige zum Zwecke der Verteidigung der Organisation. Die Verhaftungen von Streikführern werden in ganz Frankreich fortgesetzt. Nach dem „Exelsior" wurden allein gestern in Frankreich 42 Verhaftungen vorgenommen.

Millerand versichert, daß an der sozialistischen Gesetzgebung nicht gerüttelt werden dürfe, vor allem nicht am Achtstundentag. Die verschiedenen Pläne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sollen sofort besprochen werden, aber die Regierung wolle keine Organisation mehr dulden, die sich wider das Gesetz als Staat im Staate aufspielt.

* * *

Paris, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die C. G. T. appelliert an die gewerkschaftliche Internationale in der Hoffnung, im Auslande durch Boykott von Schiffen, die für Frankreich bestimmte Waren führen, Unterstützung zu finden, um so durch eine Art von Blockade einen Druck auszuüben. Die Ereignisse werden zeigen, ob sie sich nicht geirrt hat. Sie hat neuerdings die Gasarbeiter und die Arbeiter der Möbelindustrie veranlaßt, in den Streik einzutreten. Am heutigen Freitag sollte auch die Textilindustrie an die Reihe kommen. Inzwischen haben anderseits die Elektrizitätsarbeiter beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Führer der C. G. T. werden sich am Montag vor dem Untersuchungsrichter zu verantworten haben. Das Verfahren gegen sie soll mit aller Beschleunigung durchgeführt werden.

Nationale Demokratie

Von

Prof. Dr. Walter Goetz.

Wir haben wieder den gleichen Zustand wie vor dem Kriege erreicht: die Zionswächter des nationalen Gedankens sind wieder auf dem Plan und haben längst vergessen, daß wir als ein Volk in den Krieg gezogen sind und gemeinsam gekämpft und gelitten haben — hergelaufene Politiker können es sogar wagen, sich in Volksversammlungen als die Kämpfer und die demokratischen Gegner als die zu-Haus-Gebliebenen zu bezeichnen. Diese aus Unverfrorenheit und Unredlichkeit zusammengesetzte Gesinnung nennt sich dann „national".

Wenn heute ein Urteil über das nationale Element in der jüngsten deutschen Vergangenheit gefällt werden muß, so kann man denjenigen sicherlich nicht den Ehrentitel national geben, die den organischen Fortschritt unseres Staatswesens verhindert, die noch im Kriege die Neuorientierung aufgehalten, die die Hereinziehung der Arbeiterschaft in den Staat unmöglich gemacht und die ihre selbstsüchtigen Standes- und Wirtschaftsinteressen über alles andere gesetzt haben. Die Schädiger des nationalen Lebens haben ganz rechts und ganz links gesessen, und es hilft ihnen nichts vor dem Richterstuhl der Geschichte, daß sie sich mit hohen Worten abmühen. Wie Preußen 1806 an den Epigonen der friderizianischen Zeit zusammenbrach (an denselben, die dann den größten Reformator Preußens, den Freiherrn v. Stein, bekämpften), so tragen auch die Epigonen Bismarcks schwere Schuld am neuen deutschen Reiche — jene Epigonen, die Bismarcks wahren Geist nie in sich aufgenommen hatten und im Notwendigen nicht über ihn hinauszukommen strebten, jene Konservativen, die wieder einmal — nach dem Gesetze ihres politischen Lebens! — die Zeit nicht zu verstehen vermochten, und jene Alldeutschen, die den Kern des nationalen Problems nie erfaßt hatten.

Denn es liegt ein Grundirrtum vor, wenn man das Pathos der Beteuerung, daß man national sei, gleichsetzt mit dem Nationalen selber. Niemals noch war das Wort mehr als die Tat, und niemals war die anspruchsvolle Behauptung der einwandfreie Richter über sich selber. National ist nur, was die Zukunft in seinem inneren Werte rechtfertigt, und sie rechtfertigt oft gerade das, was sich nicht auf dem Markt mit lauter Stimme hören ließ, sondern in anspruchsloser Pflichterfüllung bescheidene Wege ging.

Wer national sein will, muß den Zusammenhang mit dem Leben unseres Volkes in sich tragen und schöpferische Kraft daraus gewinnen. Wer national sein will, muß den Geist unserer Kultur in sich tragen und von Lessing und Kant, Schiller und Goethe, Fichte und Schleiermacher unerbittlichen Wahrheitssinn und das mutige Bekenntnis zur Wahrheit, tiefstes Gefühl für Volk und Menschheit, Verantwortlichkeitsgefühl vor sich selber und vor der Menschheit, den aufgeschlossenen, suchenden Sinn für die höchsten Werte des geistigen, religiösen und künstlerischen Lebens übernommen haben und immer neu zu übernehmen streben. Wer national sein will, muß auch dem Werke Bismarcks gegenüber das Bekenntnis zur Einheit unseres Volkstums und zur rastlosen Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Staates ebenso in sich tragen wie den Sinn für das ewige Neuwerden von Volkstum und Staat. Wer national sein will, muß es begriffen haben, daß die Arbeit am Werdenden mehr ist als der Stolz auf das Gewordene; denn das Leben ist Weiterentwicklung und nicht Stillstand. Mag immer Leidenschaft für das eigene Volk der Ausgangspunkt der nationalen Anschauung sein — nur wer das Wissen über die Wandlungen des nationalen Lebens in sich trägt, wird national im vollen Sinne zu sein vermögen.

Alles Wissen macht bescheiden — wer wird es wagen wollen, ruhmredig mit dem Worte national um sich zu werfen, sich selber als den allein berechtigten Träger des nationalen Lebens hinzustellen, mit unverantwortlicher Kühnheit andere des Mangels an nationaler Gesinnung zu beschuldigen, wer einmal die ganze Größe dieses heiligen Begriffs erfaßt hat! Wie das Religiöse, so ist auch das Nationale nur allzuleicht im Munde derjenigen entweiht, die nur den schwachen Widerhall davon erlebt haben. Aber diese sind gewiß nicht unsere Führer, gewiß nicht Träger der Seele unseres Volkes — die mit dem Worte national in Volksversammlungen hausieren gehen, sind nicht viel besser als die wilden Händler, die von Türe zu Türe mit Wucherpreisen schlechte Waren anbieten. —

Wir stehen heute vor der Notwendigkeit, den nationalen Gedanken aus neuer Zeit von neuem lebendig zu machen. Der alte nationale Gedanke war für viele untrennbar mit der Monarchie verbunden; der neue nationale Gedanke muß den Einklang mit der Demokratie suchen, muß aus ihr verstärkte Kraft gewinnen. Und es ist eine Kraft, die weiter greift als die alte, denn Volkstum ist mehr als Staatsform. Liebe zu unserem Volke ist mehr als Vasallentreue. Die neue nationale Gesinnung muß sich aufbauen auf dem Grunde der Volksgemeinschaft, der Kulturgemeinschaft und der Staatseinheit. Hier liegen Quellen, die noch unerschöpft sind; und die deutsche Demokratie muß sie erschließen — sie muß sich dieser Aufgabe widmen, wenn sie auf festem Boden stehen will. Noch besitzt keine der anderen politischen Parteien Deutschlands diesen notwendigen Untergrund; noch schwanken die anderen alle zwischen endgültig Verlorenem und hoffnungslos Unerreichbarem. Noch glauben die anderen alle, man könne Häuser bauen ohne Untergrund. Die Demokratische Partei hat vom ersten Tage an durch Sammlung der Kräfte, durch Willen zur Mitarbeit, durch Ringen mit dem neuen großen Zeitproblem das Nationale betätigt. — nun sei es auch festgelegt im Geistigen, hergeleitet aus der Vergangenheit, verbunden mit dem unabänderlich Gewordenen, aufnahmefähig für das Zukünftige. Das neue deutsche Nationalgefühl kann nur demokratisch sein, wie unser Staat nicht anders sein kann, wie unser Volkstum nicht anders mehr sein wird!

SLUB
Wir führen Wissen.